



Interviews

22. Januar 2024

Silvia Engels im Gespräch mit **Christian Dürr**

Silvia Engels: Am Telefon ist nun Christian Dürr, Fraktionschef der FDP im Deutschen Bundestag. Guten Morgen, Herr Dürr!

Christian Dürr: Guten Morgen! – Ich grüße Sie.

Engels: Wie nehmen Sie diese gewaltige Demonstrationswelle gegen Rechtsextremismus und gegen die Radikalisierung der AfD wahr?

Dürr: Es zeigt, dass die bürgerliche Mitte in Deutschland demokratisch ist – erstens -, und zweitens bereit ist, auch für die Demokratie auf die Straße zu gehen, und das ist ein gutes Zeichen.

Engels: Ende der Woche war es, da sprachen sich nach einer Umfrage der „taz“ 49 Bundestagsabgeordnete dafür aus, ein Verbotsverfahren gegen die AfD zumindest zu prüfen – das Ganze im Lichte der jüngsten Recherche über ein Geheimtreffen mit Rechtsextremen in Potsdam. Bei dieser Umfrage haben sich Grüne, SPD- und Linken-Bundestagsabgeordnete dafür ausgesprochen, aber auch Vertreter der FDP. Was sagen Sie zu dieser Idee eines Prüfverfahrens?

Dürr: Ich bin da zurückhaltend - ich will das offen sagen -, denn solche politischen Kräfte bekämpft man am besten politisch. Ich glaube, wir sollten der AfD nicht den Gefallen tun, dass wir sagen, wir versuchen es über die Gerichte. Natürlich ist es richtig, dass es verfassungsrechtlich möglich ist, in Deutschland Parteien zu verbieten. Deswegen ist die AfD auch teilweise unter Beobachtung. Ihre Jugendorganisation ist unter Beobachtung. Das ist gut und richtig. Aber ich glaube, zu allererst geht es darum, eine solche Partei politisch zu stellen und zu sagen, all das, was die AfD dort vorschlägt, ist in Wahrheit keine Alternative, sondern im Gegenteil. Es richtet

sich wahrscheinlich zu allererst auch gegen diejenigen, die bereit sind, die AfD derzeit zu wählen, und ich glaube, das ist der Ansatz, den Demokraten zeigen sollten.

Engels: Nun wird aber auch gerade an die Regierungsfractionen immer wieder der Vorwurf gerichtet, sie versprechen immer, die AfD inhaltlich zu stellen, man müsse sie politisch bekämpfen. Sie sagen das gerade auch. Man müsse sie durch konkrete gute Politik schwächen. Aber de facto umgehe man viel zu häufig die konkrete Auseinandersetzung und greife meist nur zu allgemein moralischen Verurteilungen und das würde nun viele AfD-Wähler nur noch mehr in die Arme von radikalen Kräften treiben, denn niemand lasse sich gerne sagen, dass er grundsätzlich falsch denke. Sind in dieser Kritik wahre Punkte drin?

Dürr: Ein Stück weit ja. Das heißt aber auch, andere Politik zu machen. Ich will Ihnen ein Beispiel geben. In den letzten Jahren und nicht erst seit 2015, seit der sogenannten Flüchtlingskrise, ist in Deutschland über die Migrationspolitik wahrscheinlich politisch zu wenig diskutiert worden, während die Menschen den Eindruck hatten, was machen Politiker da eigentlich. Wir haben in der vergangenen Sitzungswoche des Deutschen Bundestages das Staatsangehörigkeitsrecht geändert und ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Punkt, weil wir folgendes festgelegt haben. Erstens: Wer deutscher Staatsbürger in Zukunft werden will, der muss von eigener Hände Arbeit leben können. Zweitens: Diejenigen, die eine antisemitische Vergangenheit haben, die können nicht mehr deutsche Staatsbürger werden. Das heißt, wir haben gesagt: Ja, Deutschland ist ein Einwanderungsland, insbesondere weil wir Menschen nach Deutschland einladen wollen, die hier arbeiten können. Aber es geht nicht darum, Einwanderung in die sozialen Sicherungssysteme zuzulassen. Das heißt, mehr Ordnung in der Migrationspolitik. Kurzum: Wir wollen uns in Zukunft so benehmen wie moderne Einwanderungsländer, Kanada, Neuseeland, Australien.

Warum sage ich das alles? – Weil es die AfD sehr konkret stellt. Denn was ist die Antwort der AfD? – Das ist ja geradezu irre, was man dort gehört hat, was auf diesem Treffen in Potsdam gesagt worden sein soll, nämlich dass Menschen das Land verlassen sollen, kurzum eine Art Abschottungspolitik vor dem Hintergrund, dass wir einen demographischen Wandel haben und auch auf Einwanderung angewiesen sind, um unseren Wohlstand zu sichern. Aber diese Einwanderung, die muss geordnet stattfinden, nach Recht und Gesetz, und ich glaube, das ist eine sehr konkrete Antwort auf das, was die AfD so rausposaunt, nämlich Ja zu mehr Ordnung in der Migrationspolitik, aber Nein zu Abschottung.

Engels: Aber für viele Menschen in der Fläche kommt das noch nicht an. Sie sehen beispielsweise, dass ihre Kommune mit der Aufnahme von Flüchtlingen überfordert ist.

Dürr: Ich gebe Ihnen ein weiteres Beispiel einer Entscheidung der letzten Woche des Deutschen Bundestages. Wir haben ein Rückführungspaket beschlossen, wo es darum geht zu sagen, diejenigen, die nach Deutschland kommen, aber zum Beispiel nicht wegen einer Einwanderung in den Arbeitsmarkt gekommen sind, sondern am Ende den Eindruck haben, dass in Deutschland die sozialen Sicherungssysteme sehr interessant sind, aber gleichzeitig keine humanitären Gründe vorbringen können, dass die das Land auch wieder verlassen. Kurzum: Mehr Ordnung in der Migrationspolitik.

Ja, wir sind ein weltoffenes Land, aber diejenigen, die nicht bereit sind, mit uns durchzustarten, weil sie in den Arbeitsmarkt einwandern wollen, aber gleichzeitig keine humanitären Gründe haben, hier zu sein, die müssen das Land wieder verlassen. Diese Art der Ordnung, das ist die Antwort auf das, was manche Wähler auch der AfD umtreibt, und deswegen ist mir wichtig, das so lange auszuführen, weil Sie haben vollkommen recht: Der Eindruck ist in den letzten Jahren entstanden, dass man nur moralisiert über das, was die AfD macht. Nein, man muss eine andere Politik machen, eine andere Politik als in der Vergangenheit, aber auch eine gänzlich andere Politik als das, was die AfD vorschlägt, denn sie ist in Wahrheit keine Alternative.

Engels: Konkrete Politik, sagen Sie. Aber da gibt es andere Stimmen in Ihrem Regierungslager, die auch stärker auf wehrhafte Demokratie setzen wollen – Stichwort Grünen-Parteichef Nouripour. Der fordert nun zumindest ein Verbot der AfD-Jugendorganisation Junge Alternative, da die offen gegen die Demokratie arbeite. Ziehen Sie da mit?

Dürr: Noch mal: Ich bin sehr dafür, dass die Sicherheitsorgane die AfD sehr genau im Blick behalten und auch ihre Jugendorganisation, gar keine Frage, und das ist Teil der wehrhaften Demokratie. Ich kann, offen gestanden, zurzeit nicht erkennen, dass das Verbotverfahren der richtige Weg wäre, sich quasi darauf zu stützen, sondern im Gegenteil. Ich glaube, jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, eine andere Politik zu

machen, und in dieser Koalition, bei aller Kritik, die diese Koalition auch manchmal erfährt, tun wir genau das. Ich habe gerade sehr lange ausgeführt zwei sehr konkrete Beispiele in der Migrationspolitik und ich glaube, darüber müssen wir mehr sprechen. Ich halte das für den besseren und stabileren Weg als ein Verbotsverfahren, von dem man am Ende nicht weiß, wie es erstens ausgeht. Und zweitens: Auf dem Weg dahin wird die AfD behaupten, sie würde politisch an die Wand gedrückt, was nicht der Fall ist. Im Gegenteil! Wenn ich mir anschau, was im Bundestag so passiert: Die AfD – lassen Sie mich das noch kurz sagen – hat nur ein einziges Ziel - das sieht man in jeder Sitzungswoche des Parlaments -, nämlich den Parlamentarismus und die Demokratie lächerlich zu machen. Der AfD geht es nie um konkrete Vorschläge - da ist sie absolut flexibel -, sondern am Ende geht es ihr um die Zerstörung der Demokratie. Das muss man auch so deutlich aussprechen.

Engels: Das zum Stichwort der Partei AfD. In Sachen der AfD-Jugendorganisation argumentieren die Befürworter, hier sei der Rechtsweg einfacher, da die Jugendorganisation der AfD nicht durch den Parteienstatus geschützt sei. Hier könne ein Ministerialerlass genügen. Das glauben Sie nicht?

Dürr: Auch so etwas kann gerichtlich überprüft werden. Aber noch mal: Ich glaube, das Beschränken der politischen Diskussion auf ein Verbot auch von Teilen der Partei oder ihrer Untergliederungen, ich glaube, das ist nicht der richtige Weg. Das ist sicherlich ein Schwert, was der Staat am Ende auch hat, keine Frage, aber zum jetzigen Zeitpunkt halte ich das für falsch. Wir sollten uns darauf konzentrieren, dieser Partei, die die Demokratie kaputt machen will, politisch etwas entgegenzusetzen. Ich habe vorhin sehr lange zwei Beispiele ausgeführt und man könnte andere nennen, um den Menschen in Deutschland deutlichzumachen, wir machen eine andere Politik, auch eine andere Politik als Vorgängerregierungen.

Engels: Dann kommen wir noch zu einem ganz anderen Thema. Beispiel „konkrete Politik gut machen“. Da scheint es jetzt den neuesten Konflikt zu geben und der betrifft den Kinderfreibetrag. Für Familien mit hohem Einkommen und hoher Steuerlast wird er bei der Steuerberechnung direkt mit dem Kindergeld verrechnet und die Restsumme den Eltern erstattet. Dieser Freibetrag soll nach Plänen Ihres Parteichefs und Finanzministers Lindner in diesem Jahr steigen. Das Kindergeld, das eher an Familien mit mittlerem Einkommen geht, dagegen nicht. „Ungerecht“ sagt SPD-Chef Klingbeil. Die SPD will da nicht mitmachen. Und jetzt?

Dürr: Ich will die SPD nur daran erinnern, dass wir das Kindergeld frühzeitig und vorzeitig bereits erhöht hatten. Die Verabredung seinerzeit war ja innerhalb der Koalition, wir erhöhen jetzt schon das Kindergeld, und den Kinderfreibetrag werden wir erst später erhöhen. So kommt es jetzt auch. Das ist schlicht und einfach das, was innerhalb der Koalition verabredet worden ist. Nur das Kindergeld zu erhöhen und dann den Kinderfreibetrag nicht, muss nach sich ziehen, dass zum 1. 1. 2024 Jedenfalls nicht in dem Umfang, wie das Kindergeld erhöht worden ist, der Kinderfreibetrag nachgezogen wird.

Engels: Jetzt sagen aber die Kritiker aus Grünen und SPD, dass in der Summe so über den Kinderfreibetrag die Familien mit sehr hohem Einkommen stärker entlastet werden als das die Kindergelderhöhung mit sich gebracht hat. Warum muss das denn sein? Bedienen Sie damit das Klischee, die FDP ist mal wieder für die Besserverdienenden?

Dürr: Nein! Das ist schlicht und einfach ein Rechenbetrag. Sie wissen, dass der Grundfreibetrag entsprechend erhöht wird. Genauso erhöht sich der Kinderfreibetrag. Darüber hatten wir innerhalb der Koalition auch gesprochen. Deswegen bin ich jetzt überrascht über diese Kritik.

Noch mal: Es ist doch besser gewesen, dass wir das Kindergeld schon frühzeitig erhöht hatten, wirksam schon für das Jahr 2023. Jetzt zieht in 2024 der Grundfreibetrag und der Kinderfreibetrag noch einmal nach. Das sind am Ende Rechenergebnisse und ich finde, wir sollten da die Mathematik nicht verlassen.

Engels: Daraus höre ich, dass die FDP bei diesem Punkt nicht nachgeben will. Die SPD sagt allerdings auch, dass sie bei den Plänen nicht mitmachen will. Droht da der nächste Großkonflikt in der Regierung?

Dürr: Nein. Noch mal: Man sollte sich daran erinnern, was damals verabredet worden ist, und es ist gut, gerade weil die Inflation sehr, sehr hoch war, dass wir seinerzeit sofort reagiert hatten und das Kindergeld frühzeitig erhöht hatten. Stellen Sie sich vor, wir hätten darauf verzichtet. Dann hätten wir zwar jetzt keine politische Debatte, weil wir beides gleichzeitig gemacht hätten, Kindergeld und Kinderfreibetrag,

aber ich glaube, das damalige Handeln war richtig, das Kindergeld erst zu erhöhen und jetzt den Kinderfreibetrag nachzuziehen. Darüber sprechen wir innerhalb der Koalition, aber ich bin da zuversichtlich.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.